



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/110 - 14.5.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber D 888 880

Hinweise
auf den Inhalt:

Bundesregierung auf dem Weg in die Isolierung ?	S. 1
Mollet - Pineau in Moskau	S. 3
Ein Sonntag der Wahlen/In Österreich und an der Saar	S. 5
Zum Sozial-Arbeitertreffen 1956	S. 8

Gefährlicher Anachronismus

sp. Selten ist der Gegensatz zwischen den Auffassungen der Bundesregierung und denen der Opposition auf aussenpolitischem Gebiet so klar geworden wie am vergangenen Wochenende - durch Äusserungen des Bundeskanzlers in einer griechischen Zeitung und durch eine Rede des Oppositionsführers in Bamberg.

Adenauers These ist die: Der Sinn der neuen russischen Politik ist es, lediglich die Wachsamkeit des Westens einzuschläfern. Die Theorie der Ko-Existenz ist eine Täuschung, allenfalls ist diese Ko-Existenz eine Periode von begrenzter Dauer. Die russische Haltung hat sich seit der letzten Genfer Konferenz "nicht im geringsten" geändert. Der Bevölkerung in der Sowjetunion wird nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Es hat sich bisher keine Bereitschaft gezeigt, die gegenwärtigen Spannungen zu vermindern.

Ollenhauer sagt: Das Verhalten der Sowjetunion gegenüber der westlichen Welt hat sich in den letzten zwei Jahren durchaus verändert. Dies bedingt auch eine Wende der deutschen Politik. Um der Wiedervereinigung willen muss im Einverständnis mit dem Westen mit der Sowjetunion verhandelt werden, wobei die Pariser Verträge zur Diskussion zu stellen sind. Eine westdeutsche Politik, die heute zum wichtigsten Ziel die Aufstellung eines 500 000 Mann-Heeres auf der Grundlage der Wehrpflicht hat und alle anderen Möglichkeiten vernachlässigt oder übersieht, ist steril und gefährlich.

Wenn Adenauer apodiktisch erklärt, die Periode der Ko-Existenz

sei begrenzt, so schliesst das ein, dass er danach in jedem Fall mit dem Krieg, dem Kalten oder gar dem Heissen, rechnet, aber gleichzeitig in der Anstrengung resigniert, die Zeit des friedlichen Nebeneinanders zu verewigen.

Jeder mit sowjetischen Zuständen und Entwicklungen einigermaßen Vertraute weisse, dass gegenwärtig in der Sowjetunion erstaunlich viel geschieht. Die Abkehr vom Stalinismus manifestiert sich in verschiedenen Formen, in der Sowjetunion selbst wie in den Ostblockstaaten, durch Tatsachen, die einfach nicht mehr geleugnet werden können, es sei denn von dem, der die Augen gewaltsam davor schliesst. Nur als Beispiele: Die bisherigen Beschränkungen des Arbeitsplatz-Wechsels in der Sowjetunion wurden weitgehend aufgehoben; eine Kündigungsfrist von zwei Wochen wurde eingeführt; Freilassung politischer Gefangener vorgenommen, die Auflösung aller Zwangsarbeitslager innerhalb der nächsten achtzehn Monate amtlich angekündigt; ebenso eine Revision der Rechtsprechung und des Strafvollzuges.

Aber was ist das alles schon? Adenauer stellt die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der russischen Bevölkerung. Mit anderen Worten die Frage: Könne man in der Sowjetunion vielleicht frei wählen? Als ob man ernsthaft erwarten kann, dass die Sowjetunion, seit 40 Jahren ein System der Gewaltherrschaft, plötzlich eine Wendung von 180 Grad vornehmen könnte. Eine solche Erwartung ist offensichtlich unseriös.

Aber mit diesem Leugnen sich neu anbahnender Tendenzen, die nicht in sein Konzept passen, steht der Kanzler heute in der westlichen Welt so gut wie allein. Der Londoner Besuch Bulganins und Chruschtschows ist z.B. nach der amtlichen britischen Darstellung und entgegen der bundesamtlichen Interpretation durchaus nicht negativ verlaufen; Dulles hat sich recht positiv über die Wandlungen im sowjetischen Satellitenbereich geäussert; Churchills Idee, ein "neues Russland", wenn es sich als existent erweist, in die NATO aufzunehmen, hat grösste Beachtung gefunden.

Keine vorantwortliche Stelle in den Hauptstädten des Westens verlangt, dass die Sicherungen des eigenen Lebensbereiche vernachlässigt oder gar aufgegeben werden. Aber jedermann erwartet, dass darin nicht die einzige politische Aufgabe in einer Zeit gesehen wird, deren Hauptkennzeichen die endliche Auflockerung der starr gegeneinandergerichteten Fronten der beiden Machtblöcke ist. Deshalb ist ein gefährlicher Anarchismus, der die westdeutsche Politik in immer grössere Isolierung treiben wird, dass mitten in diesem, auf Ausgleich der Gegensätze gerichteten Klima die Bundesregierung nur zwei Dinge zu kennen scheint, den forcierten Ausbau ihrer Bundeswehr und eine praktische Handhabung der von ihr selbst betriebenen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion, die jeder internationalen Gepflogenheit widerspricht.

14. 5. 1956

Umfassender Themenkreis

b.v., Paris

Auch die deutsche Frage soll auf dem ausführlichen Programm stehen, das der französische Ministerpräsident Guy Mollet und sein Aussenminister Christian Pineau, beide Sozialisten, am Dienstag in ihrem Reisegepäck nach Moskau mitnehmen. Man soll nicht "unkun" - aber offiziell haben eigentlich beide Seiten, die Sowjets wie die Franzosen, ihren jeweiligen Standpunkt in der deutschen Frage festgelegt, sodass keine Veranlassung zu der Annahme vorliegt, es werde sich etwas wirklich Neues ergeben. Auch ist wohl selbstverständlich, dass die deutsche Frage nicht gerade die Spitzennummer des Programms darstellt.

Leute, die glauben, über Absichten und Wünsche beider Lager einigermaßen unterrichtet zu sein, sind überzeugt, dass beide auf ihrem bisherigen Standpunkt bestehen bleiben werden - wenigstens also der Öffentlichkeit gegenüber. Moskau hat mehrfach wissen lassen, dass nach seiner Überzeugung die Entspannung der Weltpolitik auch ohne Neuregelung der deutschen Situation erreicht werden kann und dass es an der deutschen Wiedervereinigung nur interessiert wäre, wenn das wiedervereinigte Land aus allen Militärbündnissen ausgeschaltet wird. NATO-Mitglied Frankreich wird es sich zunächst kaum erlauben können, so abtrünnigen Ideen zuzustimmen.

Als möglich wird angesehen, dass in Moskau ein alter Sowjetplan wieder aufgewärmt wird, der die deutsche Frage indirekt berührt, nämlich die Schaffung eines europäischen Sicherheitspaktes unter Einschaltung der USA und Ausschaltung Deutschlands. Auch hierzu wird Frankreich kaum andere Stellung nehmen können, als es sich für ein prominentes Mitglied der NATO gehört. Frankreich hatte im April, als in London über die Abrüstung verhandelt wurde, einen Plan vorgelegt, der eine Koppelung der Deutschland-Frage und der Abrüstung darstellte. Dieser Plan fand weder bei den USA noch bei der Sowjetunion Gegenliebe, wird also wohl kaum noch einmal intensiv besprochen werden. Was aber bleibt dann noch zu verhandeln?

Ende voriger Woche hielt der Pariser Sowjet-Botschafter Winogradow eine Rede vor Franzosen und ausländischen Pressevertretern. Sie bezog sich auf die Reise der französischen Staatsmänner und war äusserst freundlich gehalten. Ihr auffallendster Schönheitsfehler war, dass recht viel von Wirtschafts- und Kulturbeziehungen gesprochen wurde, was erfahrungsgemäss ein Zeichen dafür ist, dass man nicht weiss, was der Welt

14. 5. 1956

an Programmarbeiten mitgeteilt werden soll. Denn um Handels- und Kulturfragen zu besprechen, reisen wahrscheinlich kein Ministerpräsident und Aussenminister mit ihrer besten Ratgebern ins Ausland. Freilich gibt es noch andere Themen, die Frankreich sehr am Herzen liegen, aber keines von ihnen erwähnte Winogradow. Das eine wäre Frankreichs Nord-Afrika-Sorge oder genauer seine Sorge um die Verhältnisse und Entwicklungen in der arabischen Welt.

Festigung der Ko-Existenz

Hierbei würde es um die Frage eines Waffen-Embargos gehen, d.h. darum, ob die Sowjetunion gewillt wäre, weitere Waffenlieferungen für Ägypten und die anderen arabischen Staaten zu unterlassen. Moskau hatte im April durchblicken lassen, dass man sich über diese Frage unterhalten könne und es hatte auch den Preis angedeutet. Er besteht im Aufgeben des gegen Russland gerichteten, von den USA und England unterstützten, von Frankreich jedoch scharf kritisierten Bagdad-Paktes. Aber das NATO-Mitglied Frankreich wird es kaum auf sich nehmen, ausser der Reihe zu tanzen und sich bei der Behandlung der Frage des Bagdad-Paktes (dessen militärischer Wert unstritten ist) offen auf die Seite Moskaus zu stellen.

So wird es vielleicht wirklich nur zu einem eingehenden Gedankenaustausch und schliesslich zu jener Handels- und Kultur-Absprache kommen, die schon im voraus als freundliche Kulisse erwähnt wurde. Eines ist freilich gewiss: beide Gesprächspartner werden ihren Willen bekunden, alles zu tun, um die sogenannte Ko-Existenz zu befestigen. Denn beide Partner wissen, dass jetzt auch in Washington und London der Begriff der Ko-Existenz nicht mehr anrüchig ist, ja, dass Moskau und Washington auf der Grundlage des Ko-Existenz-Begriffes sogar in Abrüstungsfragen viel besser übereinstimmen, als sie nach aussen hin in Erscheinung treten lassen. Es wird auch bei diesem Besuch weniger auf das offizielle Schluss-Kommuniqué ankommen, als darauf, was an innerer Übereinstimmung erzielt wird. Und dies wiederum dürfte davon abhängen, als wie wichtig, stark oder schwach die Sowjet - Union Frankreichs Stellung wertet.

+ - +

Kein Erdrutsch in Österreich

A.E. Hohe Wahlbeteiligungen von 90 Prozent und darüber hinaus gehören zu den Merkmalen österreichischer Nationalratswahlen. So auch diesmal. Was die letzten Wahlen vom Sonntag jedoch besonders kennzeichnete, war, dass sie, zum ersten Male seit 1945, in einem von Besatzungstruppen freien Lande stattfanden. So prallten auch die Gegensätze der zwei grossen weltanschaulich geprägten Parteien, die seit Österreichs Wiedererstehen in einer Varnunftehe das Schicksal dieses Landes gemeinsam massgeblich bestimmten, unverhüllter und schärfer aufeinander als bei früheren Wahlkämpfen.

Das gemeinsame Ziel, dem Lande die völlige innere und äussere Unabhängigkeit zu sichern und es aus den Verwicklungen zwischen West und Ost herauszuheben, ist durch den Abschluss des Staatsvertrages vor einem Jahr und der Abzug der letzten Besatzungstruppen im Oktober des gleichen Jahres erreicht worden. Diese staatsmännische Leistung ersten Ranges, an deren Zustandekommen beide, den österreichischen Staat tragenden Parteien wohl den gleichen Anteil trugen, lockerte aber zugleich die beide Parteien zusammenhaltende Klammer. Die frühzeitig erfolgte Auflösung der Koalition zwischen Sozialisten und Volksparteilern war der sichtbarste Ausdruck von inneren nicht mehr durch Kompromisse zu überbrückenden Spannungen. Vor allen die Frage, wem das österreichische Erdöl gehören sollte, dem Staat, oder privaten in- und ausländischen Interessen, sprengte die Regierung Raab-Schärf. Der Appell an die Wähler blieb unvermeidlich.

Von vornherein stand fest: ein Erdrutsch ist nicht zu erwarten. Die Volksparteiler und die Sozialisten verfügen über einen festen Wählerstamm, der durch keine Propaganda zu erschüttern ist. Die Bastion der Sozialisten liegen im östlichen Teil Österreichs, in den Städten und Industriegebieten, die Volksparteiler wiederum haben ihre Hauptsitzen auf dem Lande und in den Kleinstädten. Dieses Bild hat sich auch am letzten Sonntag nicht verändert. Was sich veränderte, ist die Abwanderung der zwischen den beiden Parteien stehenden Wählerschichten, die ihre politische Heimat bei den verschwommen national schimmernden Unabhängigen oder bei den Kommunisten fanden. Die freie Volkspartei als Nachfolgerin der Unabhängigen verlor von den zwölf Mandaten im aufgelösten Nationalrat mit sieben Mandaten mehr als die Hälfte;

sie kamen fast alle den Volksparteilern zugute, die zwar ihren Vorsprung vor den Sozialisten von einem um sieben Mandate auf 82 vergrössern konnten, aber doch, entgegen ihren Erwartungen, die absolute Mehrheit, wie sie sie 1945 besaßen, nicht erreichten. Von den 165 des Parlaments besetzen die Kommunisten drei Mandate; der Verlust eines Mandats drängt sie noch mehr als früher in die Rolle einer hoffnungslosen Minderheit; als politische Gruppe haben sie wohl endgültig ausgespielt.

Die Spuren Dollfuß' schrecken

Trotz der im Vergleich zu den Sozialisten - sie ziehen erstmalig mit 75 Mandaten in den Nationalrat ein - grösseren Stimmen- und Mandatsgewinne wird die Volkspartei als Sachwalterin schwerindustrieller und grosskapitalistischer Interessen bedeutende Abstriche von ihrem Wahlprogramm der Reprivatisierung der verstaatlichten Wirtschaft vornehmen müssen, soll Österreich vor schweren inneren politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen bewahrt bleiben. Die Spuren eines Dollfuß' und eines Schuschnigg schrecken, aber auch der unselige Einfluss, den ausländisches Kapital und Interessenten in den Vorkriegsjahren auf die österreichische Politik ausübten. Die Wachsamkeit der österreichischen Sozialisten und ihre erprobte demokratische Zuverlässigkeit wird eine Wiederkehr der Vergangenheit zu verhindern wissen.

Die österreichischen Sozialisten, die Partei eines Viktor Adlers und eines Karl Renners, hat es in diesen seit 1945 wohl schwersten aller Wahlkämpfe einen doppelten Angriff abzuwehren: der Sturm der Volksparteiler auf den sozialisierten, Arbeit, Stabilität und Sicherheit bürgenden Sektor der Wirtschaft und den Angriff der Kommunisten. In der Auseinandersetzung mit dieser Satellitenpartei standen sie allein. Es gehört auch zu den besonderen Kennzeichen dieses, um die innere wirtschaftliche Verfassung des Landes geführten Wahlkampfes, dass die Volkspartei, wie alle klerikal gefärbten Parteien in Westeuropa, in provozierender Weise Kommunisten und Sozialisten gleichstellte, diese als Wegbereiter Moskaus bezeichnete, obwohl die geschichtlichen Tatsachen das Gegenteil bezeugen. Diese Diffamierung einer grossen, im Kampf um die Freiheit schlechthin so bewährten Partei, wie es die österreichischen Sozialisten sind, dürfte vielleicht nicht ohne Rückwirkungen auf die künftigen Koalitionsverhandlungen bleiben.

Wahl ohne Sensation

sp - Saarbrücken

Ausser Dr. Schneider, dem Vorsitzenden der im NS-Stil die Propagandatrommel rührenden Partei Saar, gaben alle Sprecher der massgebenden Parteien an der Saar zuversichtliche Erklärungen ab, als in den frühen Montag-Morgenstunden das endgültige Ergebnis der Kreis- und Gemeinderatswahlen bekanntgegeben wurde. Bei einer Wahlbeteiligung von über 80 % (Landtagswahlen am 18. Dezember 1955: 90,4 %) entfielen bei den Kreistagswahlen (in Klammern das jeweilige Ergebnis der Gemeinderatswahlen) auf die CDU 26,9 % (27,8 %), auf die DPS 24,6% (24,4 %), auf die CVP 23,3 % (22,4 %), auf die SPD 18,6% (18,8%) der Stimmen.

Während ODU, SPD und CVP teilweise beachtliche Stimmengewinne erzielten konnten, mussten DPS und KP empfindliche Verluste hinnehmen. Die Hoffnung Dr. Schneiders, in einem rasanten Endspurt den übrigen Parteien davoneilen zu können, war an dem wieder merklich nüchtern werdenden Denken der saarländischen Bevölkerung gescheitert. "Der Bann ist gebrochen, der Unbesiegbarkeits-Mythos dahin!" sagte ein Regierungsvertreter und schlossfolgerte weiter: "Es ist damit zu rechnen, dass die DPS im Laufe der Zeit wieder auf den Stimmenanteil der FDP zurückkommen wird."

Ebenso verblüffend wie der Rückgang der DPS ist die, wenn auch geringfügige Stimmzunahme der CVP des ehemaligen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann. Als allein übriggebliebene Repräsentantin des vergangener Regimes konnte sie auch einige Vertreter an sich ziehen, die aus persönlichen Gründen mit der politischen Entwicklung an der Saar unzufrieden sind.

Die SPD hat ihre Erfolge einer sachlichen Arbeit im Landtag zu verdanken, zum grossen Teil aber dem unermüdlichen Einsatz ihres 1. Vorsitzenden, Kurt Conrad, der als Arbeitsminister eine Sozialpolitik betreibt, die mit alten Vorstellungen aufräumt und den Beweis erbringt, dass an der Saar auch in sozial-politischer Hinsicht vieles verbessert werden kann.

Der Akzent der Auseinandersetzungen lief nicht mehr in dem Masse wie in der Vergangenheit auf nationaler Ebene. Dr. Schneider ist nicht mehr "allein seligmachendes Symbol". An der Saar werden Sensationen nicht mehr erwartet, was auch daraus hervorgeht, dass das Interesse der internationalen Presse merklich zurückgegangen ist. Nahezu 200 in- und ausländische Vertreter waren beim Referendum erschienen. Diesmal notierten nur wenige ausländische Journalisten die Wahlergebnisse.

Entlastung der Fürsorge tut not!

H.R. Das schon zur Tradition gewordene Sozialarbeitertreffen der Arbeiterwohlfahrt wurde in diesem Jahr in der schönen und idyllischen Harzstadt Goslar durchgeführt. Wie alljährlich, so versammelten sich auch diesmal wieder zahlreiche erfahrene Fürsorger- und Fürsorgerinnen und Jugendpfleger aus allen Bereichen der öffentlichen und privaten Fürsorge, um die für uns alle so wichtigen Anliegen und Probleme der Fürsorge und Wohlfahrt zu beraten.

Die Referate des diesjährigen Himmelfahrtstreffens, das nunmehr schon zum neunten Male seit dem Wiedererstehen der Arbeiterwohlfahrt durchgeführt wurde, veranschaulichten, wie erfolgreich in den vergangenen Jahren gearbeitet worden ist. Sie machten aber auch zugleich deutlich, welche besonderen Probleme noch der Lösung harren, bevor in der Bundesrepublik gesagt werden kann; die Menschen leben frei von Furcht und Not.

Die Ausführungen von Prof. Dr. Ludwig Preller, der über das Thema "Welche Funktion behält die Fürsorge in einem System der sozialen Sicherung?" sprach, erinnerten daran, wie unvollkommen das gegenwärtige System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik ist. Erschütternd ist die Tatsache, dass die Fürsorge, die doch, wie Preller mit Recht erklärte, Hilfe zur Selbsthilfe geben soll, gegenwärtig etwa 40 % ihres gesamten Aufwandes zur Verbesserung und Aufstockung der Renten hergeben muss. Sie wird dadurch sowohl personell als auch finanziell bei ihrer ureigensten Aufgabe behindert. Es ist an der Zeit, dass dieser Zustand ein Ende nimmt. Es kommt darauf an, endlich ein System der sozialen Sicherung zu schaffen, das jedem eine Grundchance in Gesundheit und Existenz bietet.

Die Fürsorge ist durch die Verbesserung der Leistungen der anderen Zweige der sozialen Sicherung vor allen von laufenden Geldleistungen zu entlasten, nur so kann sie ihre eigentliche Aufgabe, als mitbürgerliche Hilfe in individuellen Fällen helfend einzugreifen, wirksam erfüllen.

Wir wollen hoffen, dass der schon am 4. Mai 1956 von der SPD-Bundestagsfraktion als erster Schritt zu einer umfassenden Sozialreform

erarbeitete Entwurf für die Neuordnung der Rentenversicherung recht bald verwirklicht wird und somit wenigstens noch in dieser Legislaturperiode durch die Verbesserung der Rentenversicherung die Fürsorge von den ihr fremden Aufgaben entlastet wird. Verbesserungen der Rentenleistungen dürfen aber unter keinen Umständen zur Einschränkung der Mittel für die öffentliche Fürsorge führen. Wer etwa die moderne Fürsorge als eine Finanzangelegenheit betrachtet, der hat die Aufgaben der Fürsorge nicht begriffen.

Es wäre gut, wenn die Mahnungen, wie sie auf dem Sozialarbeiter-treffen 1956 ausgesprochen wurden, nicht überhört werden. Es ist er-freulich, dass die Arbeiterwohlfahrt in diesem Jahre ihr Sozialarbei-tertreffen in Goslar, der Stadt in der Nähe der Zonengrenze, veran-staltete. Diese von den unmittelbaren Kriegszerstörungen verschonte Stadt, die zahlreiche Flüchtlinge beherbergt, war so recht der Ort, um auch die Fragen der geistigen Einstellung zur Wiedervereinigung zu behandeln und zu überlegen, welche Aufgaben hier sowohl im poli-tischen als auch im forsorgerischen Bereich der Lösung bedürfen.

* *
*

Verantwortlich: Peter Raunau